

Großgefängnis ja – aber auf keinen Fall im Bitzwäldle

Vertreter der Bürgerinitiative machen ihren Standpunkt im Gespräch mit SPD-Landtagsabgeordneten klar

Rottweil/Schömberg. Vertreter der Bürgerinitiative gegen ein Großgefängnis im Bitzwald (BI) haben sich mit Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion getroffen. Wie es in einer Mitteilung heißt, nahmen sich die Landtagsabgeordneten viel Zeit für die vorgetragenen Informationen und das Gespräch.

Aus Schömberg waren Bürgermeister Karl-Josef Sprenger, Gemeinderat Karl-Heinz Koch, Manfred Wachter und Karin-Wenzig-Luck dabei, aus

Schörzingen Ortsvorsteher Josef Rissler, aus Villingendorf Henning Theobald und aus Neukirch Ortschaftsrat Karl-Heinz Mutschler sowie Ingeborg Gekle-Maier.

Der SPD-Abgeordnete für den Wahlkreis Balingen, Hans-Martin Haller, der schon bei der Kundgebung in Schömberg deutliche Worte über die fehlende Transparenz bei der Standortsuche gefunden hatte, hatte jetzt ein Gespräch mit den SPD-Experten zum Thema Justiz und

Strafvollzug organisiert.

»Wir sind keine Gefängnisgegner, wir sind aus guten Gründen Standortgegner«, betonte Ingeborg Gekle-Maier. Das geplante Vorhaben im Bitzwäldle verstoße gegen die zum Schutz von Landschaft, Natur und Boden erlassenen Landesgesetze. Zudem habe es keine ergebnisoffene Suche nach Alternativ-Standorten gegeben. Schließlich kritisierte die BI, dass das Bauvorhaben gegen die einstimmigen Beschlüsse der Ortschaftsräte

von Neukirch und Zepfenhan, der Gemeinderäte des Oberen Schlichemtals sowie des Ortschaftsrats Schörzingen durchgezogen werden solle, nachdem es hinter dem Rücken der betroffenen Bürger ausgehandelt und beschlossen worden sei.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel zeigte Verständnis für den Unmut der Bürger. Darüber hinaus sagte die SPD-Vertreter zu, bei einem Regierungswechsel die JVA-Standortsuche noch-

mals offen und bürgernah aufzuarbeiten. Die Ereignisse um Stuttgart 21 hätten gezeigt, dass solche großen Bauvorhaben für den Bürger von Anfang an transparenter und nachvollziehbarer gestaltet werden müssten.

Zudem zeigten die SPD-Landtagsabgeordneten Wege und Möglichkeiten auf, wie sich die BI gegen die Intransparenz im bisherigen Verfahren und die »lokal- und landespolitische Willkür« wehren könne.